

Deutschland betreibt „Geschäfte mit dem Tod“

Angolanischer Journalist prangert Rüstungsdeal der Koalition mit dem Regime in seiner Heimat an - 12.11.2011 08:15 Uhr

ERLANGEN - Während die Börsen taumeln, behauptet Deutschland seine Rolle als Exportnation. Gute Geschäfte lassen sich vor mit Rüstung machen — mit verheerenden Folgen für Teile Afrikas, wie der angolanische Journalist Emanuel Matondo in Erlangen berichtete.



Er will den Waffenhandel stoppen: der angolanische Journalist Emanuel Matondo.

© Bernd Böhner

Die deutsche Außenpolitik schlägt seltsame Volten. Noch nie hat es ein Kanzler nach Angola oder in die Mongolei geschafft — bis Angela Merkel nun beide Länder in diesem Jahr besuchte. Warum? Dort gibt es etwas zu holen. „Es geht um Gas, Öl und seltene Erden“, sagt der Angolaner Emanuel Matondo (45), der seit 2001 in Deutschland politisches Asyl genießt.

„Seltene Erden“ sind das Gold des 21. Jahrhunderts: geologische Konglomerate mit einer Kombination seltener Metalle. Europium etwa wird in Röhren- und Plasmabildschirmen benötigt. Andere Metalle sind unabdingbar für den Bau hochwertiger Elektro- oder Kfz-Hybrid-Motoren. Und noch wichtiger: Moderne Handys und Computerbildschirme kommen ohne „seltene Erden“ gar nicht aus.

Große Vorkommen davon gibt es in China, der Mongolei — und eben Angola. Um ein Stück von diesem vielversprechenden Kuchen abzuhaben, ist die deutsche Regierung zu erstaunlichen Zugeständnissen bereit. Angolas Präsident José Eduardo dos Santos ist seit 32 Jahren im Amt und spielt damit in einer Liga mit dem Ägypter Husni Mubarak oder dem libyschen Ex-Diktator Muammar al-Gaddafi. Und wenn man Amnesty International und Human Rights Watch glauben darf, nimmt er es mit den Menschenrechten wenig genau.

Dazu muss man sich beispielsweise Cabinda anschauen, eine kleine angolanische Exklave am Golf von Guinea. Kaffee, Kakao und edle Hölzer werden von dort ausgeführt — aber vor allem verfügt der kleine Landstrich vor der Küste über mächtige Erdölvorkommen und erwirtschaftet rund 80 Prozent von Angolas Haushalt.

Aber die dortige Bevölkerung, die ethnische Minderheit der Bakongo, hat davon nichts. Die Petrodollars

fließen in die Hauptstadt Luanda. Das sorgt für Unmut, und es gibt teils bewaffneten Widerstand, den die Regierung niederschließen lässt. Dafür braucht die Armee moderne Waffen.

„Dos Santos geht es um Kontrolle“, berichtet Matondo, „er will neben Südafrika zur zweiten Regionalmacht aufsteigen.“ Aus diesem Grund steckt er Unsummen in die Aufrüstung, „während in den Korridoren unserer Kliniken Kinder sterben“.

Kanzlerin als Türöffner

Merkel wollte auf ihrem Trip ein Geschäft abschließen — als freundlichen „Türöffner“ für deutsche Wirtschaftsinteressen, ist Matondo überzeugt: Mehrere Schiffe für die angolanische Marine soll die Bremer Lürssen-Werft liefern. Offiziell, um die Transportwege für das Öl gegen Piraten zu sichern. Zunächst war von Fregatten und Korvetten die Rede. Als Berlin merkte, dass das nicht so gut ankam, wurde die Sprachregelung auf „Patrouillenboote“ umgeändert. Was letztlich nach Angola geliefert wird, erfährt die Öffentlichkeit nicht. Denn über den Export von Rüstungsgütern entscheidet allein der Bundessicherheitsrat, eines der geheimnisvollsten Gremien deutscher Politik. Darin sitzen Regierungs- und Wirtschaftsvertreter, die zu Stillschweigen vergattert sind — ein Konstrukt, das Matondo nicht versteht: „Da herrscht doch null Transparenz, und es gibt keinerlei parlamentarische Kontrolle.“

Ein kleiner Klüngelkreis entscheidet, wer Panzer, Minen, Gewehre oder Kampffjets bekommt — und der Bundestag, der die Exekutive eigentlich kontrollieren soll, bleibt außen vor. Die Folgen bekommen die Menschen in Angola zu spüren, das Regime von Dos Santos wird weiter gefestigt. Und der denkt nicht daran, sein Volk am Reichtum teilhaben zu lassen. Das erinnert an koloniale Muster: Ein Herrscher wird hofiert, solange die Rohstoffe fließen. Matondo nennt das ein „Geschäft mit dem Tod“.

US-Geologen haben übrigens noch ein Land ausgemacht, das über gigantische Vorkommen an begehrten Erzen und Metallen verfügt. Es heißt Afghanistan. Wenn man das weiß, bekommt die Aussage von Ex-Verteidigungsminister Peter Struck, laut der „deutsche Interessen auch am Hindukusch verteidigt werden“, eine völlig neue Bedeutung.

VON MARTIN DAMEROW